Allgemeine Einkaufsbedingungen der Firma Chemische Fabrik Dr. Weigert GmbH & Co. KG Mühlenhagen 85 – D-20539 Hamburg - Stand: 21.07.2023 -

§ 1 Allgemeines

1.1 Diese Allgemeinen Einkaufsbedingungen Dr. Weigerts (AEB) gelten für alle Geschäftsbeziehungen mit Lieferanten. Soweit nicht in § 14 dieser AEB abweichend geregelt, finden die AEB entsprechende Anwendung auf Geschäftsbeziehungen mit Geschäftspartnern, die in einem Dienstleistungsverhältnis zu Chemische Fabrik Dr. Weigert GmbH & Co. KG (Dr. Weigert) stehen.

1.2 Die AEB gelten ausschließlich. Entgegenstehende, abweichende oder ergänzende Bedingungen des Lieferanten gelten nur wenn und soweit Dr. Weigert ihrer Geltung ausdrücklich schriftlich zugestimmt hat. Dieses Zustimmungserfordernis gilt in jedem Fall, beispielsweise auch dann, wenn der Lieferant im Rahmen der Angebotserteilung oder Auftragsbestätigung auf seine AGB verweist und Dr. Weigert dem nicht ausdrücklich widerspricht.

1.3 Alle Vereinbarungen, die zwischen Dr. Weigert und dem Lieferanten zwecks Ausführung dieses Vertrages getroffen werden, sind zwischen den Parteien schriftlich niederzulegen.

1.4 Die AEB gelten auch für alle künftigen Geschäfte und Verträge mit dem Lieferanten, selbst ohne dass das bei deren Abschluss noch ausdrücklich erwähnt oder vereinbart werden muss.

1.5 Individuelle Vereinbarungen (z.B. Rahmenlieferverträge, Vergütungsvereinbarungen) und Angaben in der Bestellung von Dr. Weigert haben Vorrang vor diesen AEB.

§ 2 Vertragsabschluss

2.1 Anfragen Dr. Weigerts sind unverbindlich.

2.2 Ein Angebot des Lieferanten kann Dr. Weigert innerhalb von 14 Kalendertagen annehmen. Die Annahme erfolgt durch Bestellung in Textform (§ 126b BGB) seitens Dr. Weigert.

2.3 Ist der Bestellung von Dr. Weigert kein Angebot des Lieferanten vorangegangen, ist der Lieferant gehalten, die Bestellung von Dr. Weigert innerhalb einer Frist von 14 Kalendertagen in Textform (§ 126b BGB) zu bestätigen. Eine verspätete Annahme gilt als neues Angebot und bedarf der Annahme durch Dr. Weigert.

§ 3 Hinweispflicht bei Waren mit doppeltem Verwendungszweck im Sinne der EU Dual Use Verordnung

Handelt es sich bei den zu liefernden Waren um Güter mit doppeltem Verwendungszweck im Sinne von Art. 2 Nr. 1 der EU Dual Use Verordnung (Verordnung (EU) Nr. 2021/821 des Europäischen Parlaments und Rates vom 20. Mai 2021 über eine Unionsregelung für die Kontrolle der Ausfuhr, der Vermittlung, der technischen Unterstützung der Durchfuhr und der Verbringung betreffend Güter mit doppeltem Verwendungszweck in der zum Zeitpunkt des Angebots (2.2) oder der Bestellung (2.3) geltenden Fassung, so hat der Lieferant Dr. Weigert vor dem Vertragsabschluss unaufgefordert schriftlich darauf hinzuweisen.

§ 4 Preise, Preisstellung, Zahlungsbedingungen

4.1 Die in der Bestellung ausgewiesenen Preise sind bindend. Mangels abweichender schriftlicher Vereinbarung verstehen sich die Preise DDP Dr. Weigert Hamburg (ICC Incoterms 2020). Ein abweichender Bestimmungsort wird in der Anfrage oder der Bestellung angegeben.

4.2 Vergütungen für Angebote, Besuche von Lieferanten und die Ausarbeitung von Projekten werden nicht gewährt, es sei denn die Parteien hätten zuvor schriftlich etwas anderes vereinbart.

4.3 Mit Lieferung der Ware hat der Lieferant die entsprechende Rechnung unter Angabe der Bestellnummer von Dr. Weigert sowie die mit der Bestellung vereinbarten Angaben und Unterlagen und allen geforderten Pflichtangaben gem. §14 Abs. 4 UStG in einfacher Ausfertigung separat an Dr. Weigert zu übersenden. Rechnungen mit falschen oder fehlenden Angaben werden grundsätzlich nicht anerkannt und zwecks Korrektur oder Ergänzung an den Aussteller zurückgeschickt. Für alle wegen Nichteinhaltung dieser Verpflichtung entstehenden Folgen ist grundsätzlich der Lieferant verantwortlich.

4.4 Die Zahlung des Kaufpreises wird, sofern schriftlich nichts anderes vereinbart ist, dreißig (30) Kalendertage netto nach Übergabe und Eigentumsverschaffung an der Warenlieferung, Erhalt einer Rechnung und Eingang aller vertraglich geforderten Unterlagen fällig („Fälligkeitereignis“); bei Zahlung innerhalb von 14 Kalendertagen ab Eintritt des

Fälligkeitereignisses wird von dem Lieferanten ein Skonto in Höhe von 3 % gewährt.

4.5 Bei Zahlungsverzug schuldet Dr. Weigert Verzugszinsen in Höhe von fünf Prozentpunkten über dem Basiszinssatz.

4.6 Aufrechnungs- und Zurückbehaltungsrechte stehen Dr. Weigert in gesetzlichem Umfang zu.

§ 5 Lieferung, Erfüllungsort, Gefahrenübergang, Einhaltung von gesetzlichen Bestimmungen

5.1 Die Lieferung des Vertragsproduktes erfolgt DDP Dr. Weigert Hamburg (ICC Incoterms 2020). Der Gefahrenübergang erfolgt mit Übergabe der Lieferung. Erfüllungsort für die Lieferung ist die von Dr. Weigert für die Lieferverpflichtung gewünschte Versandanschrift bzw. Empfangsstelle.

5.2 Die Lieferanten versichern, dass die Vertragsprodukte nach Maßgabe der anwendbaren gesetzlichen Vorschriften innerhalb der Europäischen Union verkehrsfähig sind.

5.3 Die Lieferungen und Leistungen des Lieferanten müssen in der gesamten Lieferkette den anwendbaren gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere den Bestimmungen und international anerkannten Standards zum Schutz der Umwelt und zur Achtung der Menschenrechte, insbesondere Verbote von Kinder- und Zwangsarbeit und Diskriminierung, Vorschriften über Mindestlöhne sowie Sicherheit und grundlegende Rechte der Arbeitnehmer entsprechen. Auf Verlangen von Dr. Weigert hat der Lieferant die Einhaltung dieser Verpflichtungen durch Beschaffung und Übermittlung geeigneter Dokumente nachzuweisen.

5.4 Der Lieferant verpflichtet sich insbesondere auch zur Einhaltung der anwendbaren Export- und Importkontrollvorschriften der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union.

5.5 Im Rahmen des wirtschaftlich und technisch Möglichen dürfen nur umweltfreundliche Verpackungsmaterialien zum Einsatz gelangen. Die Rücknahmeverpflichtung des Lieferanten hinsichtlich der Verpackung richtet sich nach den gesetzlichen Bestimmungen. Ist der Lieferant aufgrund schriftlicher Vereinbarung berechtigt, Dr. Weigert Verpackungen gesondert in Rechnung zu stellen, so hat Dr. Weigert das Recht, Verpackungen, die sich in gutem Zustand befinden, gegen eine Vergütung von 2/3 des sich aus der Rechnung ergebenden Wertes frachtfrei an den Lieferanten zurück zu senden.

5.6 Der Lieferant steht zudem dafür ein, dass die gelieferte Ware den Bestimmungen der Verordnung EG Nr. 1907/2006 in der gültigen Fassung zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe (REACH-Verordnung) entspricht. Soweit nach Titel IV dieser REACH-Verordnung vorgeschrieben, stellt der Lieferant Sicherheitsdatenblätter bzw. die Informationen gemäß Artikel 32 und die Informationen gemäß Artikel 33 zur Verfügung. Dr. Weigert ist nicht verpflichtet im Rahmen der REACH-Verordnung eine Zulassung für eine vom Lieferanten gelieferte Ware einzuholen. Der Lieferant stellt Dr. Weigert von jeglicher Haftung im Zusammenhang mit dem Verstoß gegen die REACH-Verordnung frei bzw. entschädigt Dr. Weigert für Schäden, die ihr aus der Nichteinhaltung der Verordnung durch den Lieferanten entstehen oder mit ihr zusammenhängen.

§ 6 Korrespondenz, Dokumente

6.1 Der Lieferant ist verpflichtet, jegliche den Vertrag betreffende Korrespondenz unter Angabe der Bestellnummer zu führen, insbesondere diese auf allen Versandpapieren und Lieferscheinen anzugeben; unterlässt er dies, hat Dr. Weigert für Verzögerungen in der Bearbeitung nicht einzustehen.

6.2 Soweit der Lieferant Bescheinigungen über Materialprüfungen oder andere vertraglich vereinbarte Unterlagen (z.B. Analysenzertifikate oder Spezifikationen) zur Verfügung zu stellen hat, bilden sie einen wesentlichen Bestandteil der Lieferung und Leistung und sind zusammen mit der Lieferung an Dr. Weigert zu übergeben.

§ 7 Liefertermin, Lieferverzug, Vertragsstrafe

7.1 Der in der Bestellung angegebene Liefertermin ist bindend. Erfolgt die Anlieferung vor dem vereinbarten Termin, behält sich Dr. Weigert vor, die Lieferung nicht anzunehmen und diese auf Kosten und Gefahr des Lieferanten zurück zu senden.

7.2 Der Lieferant ist verpflichtet, Dr. Weigert unverzüglich schriftlich unter Angabe von Gründen in Kenntnis zu setzen, wenn Umstände eintreten oder ihm erkennbar werden, aus denen sich ergibt, dass die vereinbarte Lieferzeit

nicht eingehalten werden kann. Der Eintritt des Lieferverzugs bleibt davon unberührt.

7.3 Gerät der Lieferant mit der Leistung in Verzug, ist Dr. Weigert berechtigt, eine Vertragsstrafe in Höhe von 0,15 % des Bestellwertes je angefangenen Werktag des Verzuges zu verlangen, jedoch nicht mehr als 5 % des Bestellwertes. Dr. Weigert ist berechtigt, diese Vertragsstrafe neben der Erfüllung geltend zu machen; Dr. Weigert verpflichtet sich, den Vorbehalt der Vertragsstrafe spätestens innerhalb von 10 Werktagen, gerechnet ab der Entgegennahme der verspäteten Lieferung, gegenüber dem Lieferanten zu erklären. Die Geltendmachung eines über die Höhe der Vertragsstrafe hinausgehenden gesetzlichen Schadenersatzanspruches bleibt unberührt.

§ 8 Befreiung von der Leistungspflicht, Rücktritt bei höherer Gewalt

8.1 Höhere Gewalt befreit die Vertragspartner für die Dauer der Störung und im Umfang ihrer Wirkung von den vertraglichen Leistungspflichten. Höhere Gewalt ist ein Ereignis, das für keine der Parteien unter Anwendung äußerster, billigerweise zu erwartender Sorgfalt vorhersehbar und, soweit die Erbringung der vertragsgegenständlichen Leistungen betroffen ist, insbesondere durch Notfallpläne und Notfallmaßnahmen des Lieferanten vermeidbar war. Höhere Gewalt kann in diesem Sinne insbesondere folgende Ereignisse umfassen: Krieg, Aufstand, Unruhen, Explosion, Brand, Hochwasser, Unwetter, Embargo, innerbetriebliche, rechtmäßige Arbeitskampfmaßnahmen, nicht jedoch allgemein bereits bekannte Auswirkungen im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie. Die Vertragsparteien sind verpflichtet, im Rahmen des Zumutbaren unverzüglich die erforderlichen Informationen zu übermitteln und ihre Verpflichtungen den geänderten Verhältnissen nach Treu und Glauben anzupassen.

8.2 Dr. Weigert ist von der Verpflichtung zur Annahme der bestellten Lieferung ganz oder teilweise befreit und insoweit zum Rücktritt vom Verträge berechtigt, wenn die Lieferung aufgrund der durch die höhere Gewalt verursachten Verzögerung unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten nicht mehr verwertbar ist.

8.3 Die gesetzlichen Rücktrittsregelungen bleiben im Übrigen unberührt.

§ 9 Mängelansprüche, Mängeluntersuchung

9.1 Die gesetzlichen Mängelansprüche stehen Dr. Weigert ungekürzt zu.

9.2 Dr. Weigert wird die Ware anhand der üblichen Tests untersuchen und offene Mängel spätestens innerhalb von 5 (fünf) Werktagen nach Lieferung bzw. bei versteckten Mängeln innerhalb von 5 (fünf) Werktagen nach Entdeckung des Mangels schriftlich anzeigen.

9.3 Die Verjährungsfrist für Mängelansprüche beträgt 36 Monate, gerechnet ab Gefahrenübergang. Im Übrigen gelten die gesetzlichen Verjährungsregelungen.

§ 10 Produkthaftung, Versicherung

10.1 Der Lieferant ist für alle von Dritten wegen Personen- oder Sachschäden geltend gemachten Ansprüche verantwortlich, die auf ein von ihm geliefertes fehlerhaftes Produkt zurückzuführen sind, und ist verpflichtet, uns von der hieraus resultierenden Haftung freizustellen. Ist Dr. Weigert verpflichtet, wegen eines Fehlers eines vom Lieferanten gelieferten Produktes eine Rückrufaktion gegenüber Dritten durchzuführen, trägt der Lieferant sämtliche mit der Rückrufaktion verbundenen Kosten. Weitergehende gesetzliche Ansprüche bleiben unberührt.

10.2 Der Lieferant hat eine Produkthaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von mindestens 10 Mio. EUR pro Personenschaden/Sachschaden - pauschal während der Dauer dieses Vertrages, d.h. bis zum jeweiligen Ablauf der Mängelverjährung - zu unterhalten; stehen Dr. Weigert weitergehende Schadenersatzansprüche zu, so bleiben diese unberührt.

10.3 Der Lieferant hat für Schäden, die von ihm, seinen gesetzlichen Vertretern, leitenden Angestellten oder sonstigen Erfüllungsgehilfen im Zusammenhang mit der Vertragsabwicklung verursacht werden können, auf seine Kosten eine ausreichende Haftpflichtversicherung abzuschließen.

10.4 Der Lieferant weist Dr. Weigert die Versicherungen auf Wunsch nach.

§ 11 Vertraulichkeit, Rechte Dritter

11.1 Der Lieferant hat die Anfrage, die Bestellung, den Vertragsabschluss, die darauf bezogenen Leistungen sowie sämtliche im Zusammenhang mit der Vertragsdurchführung erhaltenen Informationen, insbesondere technischer und kaufmännischer Natur, als Geschäftsgeheimnis zu betrachten und vertraulich zu behandeln. Dritten gegenüber dürfen sie nur mit ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung von Dr. Weigert offengelegt werden. Die Geheimhaltungspflicht gilt auch nach Abwicklung oder Scheitern dieses Vertrages. Sie erlischt, wenn und soweit das in den Dokumenten enthaltene Wissen allgemein bekannt geworden ist. Vorlieferanten sind entsprechend zu verpflichten.

11.2 Der Lieferant haftet für alle Schäden, die Dr. Weigert aus der Verletzung der in Ziffer 11.1. genannten Verpflichtung erwachsen.

11.3 Der Lieferant steht dafür ein, dass im Zusammenhang mit seiner Lieferung keine Rechte Dritter schuldhaft verletzt werden; wird Dr. Weigert von einem

Dritten in Anspruch genommen, ist der Lieferant verpflichtet, Dr. Weigert von diesen Ansprüchen freizustellen. Die Freistellungspflicht des Lieferanten bezieht sich auf alle Aufwendungen, die Dr. Weigert aus oder im Zusammenhang mit der Inanspruchnahme durch einen Dritten in gebotener Weise erwachsen.

11.4 Die weitergehenden gesetzlichen Ansprüche von Dr. Weigert wegen Rechtsmängeln der an Dr. Weigert gelieferten Produkte bleiben unberührt.

§ 12 Aufrechnung, Abtretung, Weitergabe von Aufträgen

12.1 Der Lieferant ist nur berechtigt, mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen aufzurechnen.

12.2 Der Lieferant ist nicht berechtigt, Forderungen gegen Dr. Weigert aus diesem Vertrag ohne vorherige schriftliche Zustimmung abzutreten. Dies gilt nicht, soweit es sich um Geldforderungen handelt.

12.3 Der Lieferant ist nicht berechtigt, ohne vorherige schriftliche Zustimmung von Dr. Weigert Aufträge oder wesentliche Teile eines Auftrags an Dritte weiterzugeben.

§ 13 Gerichtsstand, Anwendbares Recht, Schlussbestimmungen

13.1 Gerichtsstand für alle sich aus dem Vertragsverhältnis ergebenden Streitigkeiten ist der Firmensitz Dr. Weigerts, soweit dies gesetzlich zulässig ist. Dr. Weigert ist jedoch auch berechtigt, den Lieferanten am Gerichtsstand seines Firmensitzes zu verklagen.

13.2 Es findet deutsches Recht - unter Ausschluss des Übereinkommens der Vereinten Nationen über Verträge über den internationalen Warenkauf vom 11. April 1980 - Anwendung.

13.3 Sollte eine Bestimmung nichtig sein oder werden, so bleibt die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen unberührt.

13.4 Soweit diese Allgemeinen Geschäftsbedingungen Regelungslücken enthalten, gelten zur Ausfüllung dieser Lücken diejenigen rechtlich wirksamen Regelungen als vereinbart, welche die Parteien nach den wirtschaftlichen Zielsetzungen und dem Zweck dieser Allgemeinen Geschäftsbedingungen vereinbart hätten, wenn wir die Regelungslücke gekannt hätten.

§ 14 Besondere Bestimmungen für Dienstleistungen

14.1 Entsprechende Anwendung: Auf Dienstleistungsverträge finden die Regelungen dieser AEB entsprechende Anwendung, ausgenommen von §§ 2; 3; 4 Abs. 1,4; 5 Abs. 1-2, 4-6; 7; 9, 10.

14.2 Vergütung: Der Geschäftspartner erhält für seine Leistung(en) von Dr. Weigert eine separat zu vereinbarenden Vergütung. Der Geschäftspartner wird Dr. Weigert nach Erbringung der Leistung(en) eine Rechnung stellen, es sei denn die Parteien haben nichts anderes schriftlich vereinbart. Die Vergütung ist innerhalb von 30 Kalendertagen nach Zugang der ordnungsgemäßen Rechnung zur Zahlung fällig.

14.3 Ordentliche Kündigungen: Soweit nichts anderes vereinbart, kann Dr. Weigert einen Dienstleistungsvertrag unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von 4 Wochen zum Ende eines Kalendertags ordentlich kündigen.

14.4 Außerordentliche Kündigung: Jede Partei kann den Vertrag aus wichtigem Grund kündigen. Ein wichtiger Grund liegt vor, wenn dem Kündigenden unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalls und unter Abwägung der Interessen beider Parteien die Fortsetzung des Vertragsverhältnisses nicht zugemutet werden kann. Wird das Vertragsverhältnis aus wichtigem Grund gekündigt, kann der Geschäftspartner einen seinen bisherigen Leistungen entsprechenden Teil der Vergütung verlangen. Jegliche Kündigung bedarf der Schriftform. Die Kündigung muss von dem Kündigenden eigenhändig durch Namensunterschrift unterzeichnet werden. Wird die Kündigung durch vertragswidriges Verhalten der anderen Partei veranlasst, so ist diese zum Ersatz des durch die Beendigung des Vertragsverhältnisses entstehenden Schadens verpflichtet.